

des dortigen Ministerdirektors Krieger habe man sich auch entschlossen, an der Form der Kriegserklärung festzuhalten und nicht diejenige der Erkläre zu wählen. Das Abwärtige Amt wäre durchaus bereit, diese neue Form zu vertreten. Juristisch-doktrinaire Erwägungen geben also den Ausschlag.

Im weiteren Verlauf empfahl ich dem Chef des Admiralsstabes nach, sich wegen des Unterseebootkrieges vor Unterredung mit dem Reichsanwalt des Einverständnisses des Generalstabes zu halten. Falls dann wünschenswert schriftlich zu fixieren. Soweit mir bekannt, blieb auch dieser Rat unbeachtet.

Am 27. Januar 1915 wurde ich vom Reichsanwalt zu einer Unterredung über diese Frage aufgefordert. Ich legte dar, daß wir England gegenüber nur vorwärts kämen, wenn wir ihm selbst den Krieg föhrlbar machten; die U-Bootsblockade müßte wir in irgendeiner Form m. E. nicht vermeiden können. Ueber die juristische und politische Seite der Angelegenheit sei ich nicht hinreichend unterrichtet, um die Zweckmäßigkeit der Form ohne weiteres abschließend zu beurteilen zu können. Der Reichsanwalt lehnte in diesem Gespräch die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Unterseebootkrieges nicht grundsätzlich ab. Politische Verhältnisse erlauben jedoch nach seiner Ansicht nicht, vor Frühjahr oder Sommer 1915 eine Entscheidung zu fällen. Ich war mit einem solchen Aufstand der noch nicht genügend durchgearbeiteten U-Bootsfrage unbedingbar einverstanden. Unter anderem hielt ich es für richtig, die Fortsetzung der Unterseebootsfrage für Flotten und der dortigen Verleinerungen abzuwarten.

Im übrigen sagte ich bei dieser Gelegenheit Herrn von Bethmann auf eine dahingehende Frage, daß bei der Neutralität des Kampfmittels vom militärischen Standpunkt aus eine unbedingte Zustimmung seiner Wirksamkeit natürlich nicht gegeben werden könnte. Ich war jedoch überzeugt, daß unsere Maßnahmen einen gewaltigen Eindruck machen und daß sehr viele Handelschiffe durch die ihnen drohende Gefahr abgedrückt werden würden.

Nach diesen Vorkägen wird man begreifen, wie außerordentlich verlickt ich war, als bereits wenige Tage nach diesem Gespräch, nämlich am 4. Februar 1915 in Wilhelmshaven Admiral v. Pohl im Einverständnis mit dem Reichsanwalt dem Kaiser die Kriegserklärung und U-Bootsblockade vorlegte. In dieser Erklärung wurden die Gewässer des Kanals als Kriegsgebiet erklärt und gesagt, daß jedes in diesem Gebiet angetroffene feindliche Kaufschiff zerstört würde, ohne daß es immer möglich sein würde, die dabei der Besatzung und den Passagieren drohenden Gefahren abzuwenden. Auch neutrale Schiffe laufen im Kriegsgebiet Gefahr, daß es angesichts des von der britischen Regierung angeordneten Mißbrauches neutraler Flaggen nicht immer vermeiden werden kann, daß sie auf feindliche Schiffe bedrohten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen. Für letztere wurde die Fahrt nördlich der Schottlandsinseln und ein Streifen an der holländischen Küste freigegeben. Man wird den Unterschied dieser Erklärung von meinem eigenen Vorschlag ohne weiteres erkennen. Ich wünschte zunächst nur eine U-Bootsblockade der Themse. Eine Blockade ist effektiv, wenn jedes Schiff, das die Zone passiert, in erheblicher Gefahr der Beschlagnahme oder Vernichtung steht. Wenn wir alles auf die Thematik zusammenzogen, um eine absolute Spernung des Verkehrs, auch für neutrale Schiffe, herbeizuführen, so blieb doch die übrige Rüste frei, und so konnten bei dieser Art der Ausführung wirksame Beschränkungen der Neutralität zunächst nicht vornehmen. Im Admiralsstab war man mit der Ausarbeitung meines Gedankens der Themse Sperre beschäftigt, als Pohl unter dem 31. Januar auf einmal unter Berufung auf den Reichsanwalt die Sache umwarf. Durch die Ausdehnung des Sperrgebietes auf die ganze Rüste wurde er weniger wirksam, rechtlich unklar und mehr herausfordernd. Es mangelte tiefer Erklärung die Effektivität, die Substanz, und dadurch zeigte sie den Widerspruch an. Sie minderte den Kredit unserer eigenen Erklärungen und damit in gewissem Sinne auch das Prestige der deutschen Marine herab. Sie sah etwas nach Luft aus, und durch die in der Erklärung liegende Unklarheit, nämlich das sichtbare Bestreben, die Neutralität zu schonen, aber zugleich die Drohung, es nicht zu tun, erregten wir Zweifel an unserem Recht auf diese Kriegserklärung. Jedenfalls war diese Kriegserklärung, wenn ich von der juristischen Seite abhebe, politisch und militärisch ungewöhnlich. Welche Gründe vorgelegen haben, unter Uebergehung meines Votums den U-Bootskrieg in Szene zu setzen, ist mir nicht bekannt geworden. Jedenfalls war ich wieder einmal, diesmal wohl in einer der wichtigsten Fragen meines Amtes, ungehört gelassen, der U-Bootskrieg über meinen Kopf hinweg und gegen meinen Willen eröffnet, in einer Form, die nicht Glück verhieß.

Unterm Datum des 2. Februar, eingegangen am 3. Februar, teilte der Admiralstab dem Reichsanwalt mit, daß der Reichsanwalt der Kriegserklärung zugestimmt hätte, deren beabsichtigter Wortlaut übermitleit wurde. Daraus habe ich nichts erfahren; denn meine Abreise von Berlin nach Wilhelmshaven erfolgte am 4. Februar. Da nach dem Rabinetsbefehl vom 20. Juli 1914 derartige Entschlüsse ohne mein Zutun gar nicht erfolgen konnten, so besteht der begangene Fehler darin, daß eine Entscheidung von dieser Tragweite getroffen wurde, ohne meine Meinung abzuwarten. Ein solcher Schritt müßte doch durchgesehen werden, bevor man zu einem Entschluß kam. Admiral v. Pohl hat sich über diesen Punkt in Flotten und im Reichsanwalt, Unerfahrenheit im U-Boots-Kriegsamt, unzureichende Genehmigung stände unmittelbar bevor. Wie ich am 6. Februar mein neues Amt antret, war die Kriegserklärung mit der Unterstützung von Bethmann und Pohl erfolgt.

Der Kaiser stimmte zu. Ich stand zufällig dabei, konnte aber aus der ganz en Situation heraus nur noch die Forderung erreichen, daß man in der Erklärung auf den englischen Flottenmißbrauch Bezug nehmen möchte.

Der weltgeschichtliche Entschluß war, wie ich später erfuhr, am 2. Februar in einer Sitzung beim Reichsanwalt mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes, im Beisein des Reichsambts des Innern und ich, inbar ohne Widerspruch des Groß-Generalsstabes gefaßt worden. Nach der Sitzung hat am Spätabend desselben Tages kurz vor Pohl's Abfahrt nach Wilhelmshaven die juristische Autorität des Auswärtigen Amtes, Ministerdirektor Krieger, im Auftrag des Reichsanwaltes beim Admiralsstabes gegen dessen Bedenken noch eine Veränderung in der Fassung der Kriegserklärung durchgesetzt. Ich erwähne dies nur, um das enge Zusammenarbeiten der hingenugenen Dienststellen und das völlige Einverständnis des Reichsanwaltes mit dem Vorgehen des Admiralsstabes zu zeigen. Admiral v. Müller hat am 8. März 1915 sich brieflich darüber wie folgt geäußert: „Ich habe ebenso wie der Staatssekretär die Art der Jenierung des U-Bootsblockadefrieges nicht gebilligt. Der Zeitpunkt war schlecht gewählt, die Mittel nicht genügend bereitgestellt, und die Redaktion der Antikündung war äußerst ungeschickt. Pohl hat die Zustimmung des noch für sachunabhängigen Reichsanwaltes gefunden und hat dann den Kaiser am 4. Februar auf der Seefahrt durch den Wilhelmshavener Hafen nach der „Sendung“ mit der erarbeiteten Fassung der Bekanntmachung überumpelt. Es war illegal von Pohl, nicht vorher mit dem Staatssekretär über die Fassung der Antikündung zu sprechen. Er war aber auch illegal gegen mich, da ich Rat er laut immer gesucht hat, wenn es sich um wichtige Entscheidungen handelte. Er wollte durchaus die Veröffentlichung unter meinem Namen loslösen, und da vor abendings der 4. Februar der äußerste Zeitpunkt, denn an diesem Tage hatte er das Kommando der Hochseestreitkräfte schon übernommen und war demnach schon freizugekommen nicht mehr Chef des Admiralsstabes.“

Heimkehr von 15000 Kriegesgefangenen aus Amerika.

Nach einem New Yorker Bericht der Kaiser „Neun Korrespondenz“ ist am Freitag mit der Heimkehr von 15000 deutschen Kriegesgefangenen begonnen worden. Der erste Transport wurde an dem Transport „Porchontas“ nach Rotterdam eingeschifft.

Der abberufene General v. d. Goltz soll Bericht erstatten.

Berlin, 30. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist der aus dem Baltikum zurückberückene General Graf von der Goltz dem Reichswehrminister Roste anzuweisen worden, ihm bei seiner Ankunft in R. ein Bericht über die Lage in Rumänien zu erstatten. In ausländischen Kreisen der Reichsregierung ist man nach wie vor der Ansicht, daß Graf von der Goltz sich bemüht hat, Widerstandskräfte der deutschen Truppen in jeder Weise zu verhindern.

Vor dem Generalkrieg in Elsaß-Lothringen.

Elsaß-Lothringen steht vor dem Generalkrieg. Die Gefahr ist für Frankreich größer als die eines ähnlichen Ereignisses im alfranzösischen Land; denn die Forderungen der Arbeiter richten sich auf Dinge, die in Deutschland verwirklicht oder auf dem Wege der Verwirklichung sind. Im besonderen verlangt die lothringische Berg- und Hüttenindustrie: Anerkennung der Organisation und Organisationszwang; Verstaatlichung aller Gruben; Beteiligung aller unfähigen Beamten; Mindestlohn und allgemeine Vöherhöhung; Neuwahl der Arbeiterausschüsse und Sicherheitsmänner.

In Paris wird man erkennen, daß das Elsaß-Lothringische Problem — denn ein solches besteht auch heute noch — kein nationales, sondern ein internationales ist. Die Erkenntnis ist unabweisbar; aber es bleibt dabei, daß Frankreich, will es die „Des-annexion“ geschichtlich rechtfertigen, eine Weltanfrage zu lösen hat. Durch rasche Freandänderung des Landes werden die Schwierigkeiten dieser Aufgabe vermehrt, statt vermindert. Die Forderung der Arbeiter, die unfähigen Beamten (mit) lassen; die wirtschaftlich und überaus eingeschlagenen (Franzosen) zu entfernen, wird eine heilsame Lehre sein. Ohne lothringische Erze kann Europa nicht leben; ohne daß die neuen Herren den veränderten Geist der Arbeiterklasse berücksichtigen, werden keine lothringischen Erze gefördert werden. Elsaß-Lothringen ist dem jetzt sozial fortgeschrittenen Lande benachteiligt; es wird immer Vergleiches ziehen. Begrifflich in Paris dies nicht, so wird man die Wiedergewinnung mit einer sozialgeschichtlichen Niederlage von unabweisbarer Wirkung büßen.

Wässer Terror freitender Seeleute in Lübeck.

Lübeck, 20. Sept. Der Streik der Hamburger und Bremer Seeleute hat auch auf Lübeck übergegriffen und zu schweren Gemüthsstörungen geführt. Die Seeleute sind in Lübeck nicht mehr als hundert Mann der Schiffbesitzerungen herunter. Dabei kam es zu großen Schlägereien. Bei der Verfolgung eines auslaufenden Dampfers bemächtigten sich die Aufseher der Barfalte des Hajenmeister, das Schiff einnahm aber durch die Drehbrücke. Das Feuer der Dampfer wurde aus den Pfeifen gestrichen, was sie an der Ausfahrt zu verhindern. Ein Teil der Lübecker Seemannschaft wurde zur Sicherheit der Schiffe aufgeboten, doch wurde angesichts der drohenden Salzung der Seeleute durch Glockengeläute und Eirenenrufe die Lübecker Einwohnerevakuierung, die Schiffe und Brücken besetzt. Der Schiffsverkehr ist lahmgelegt.

Die Verteilung der deutschen Luftflotte.

Berlin, 20. Sept. Die Vertreter der fünf alliierten Großmächte unter Vorsitz des Außenministers Wilson traten heute vormittag zusammen und nahmen die Verteilung einer Kommission über die Verteilung der deutschen Luftflotte an. Es soll auch beschließen werden, einen Projektion Verkauf verschiedener Flugzeuge an neutrale Staaten an die deutsche Regierung zu richten, und es seien Maß-

nahmen getroffen worden, um ein ferneres Abwandern von deutschen Luftschiffmaterial nach dem Auslande zu verhindern.

Der franke Wilson.

Berlin, 20. Sept. Der „New York Herald“ meldet aus Washington, daß der Art Wilsons mitgeteilt hat, er glaube nicht, daß Wilson in der Lage sein wird, innerhalb kurzer Zeit seine Arbeit wieder aufzunehmen. Die Eröffnung der Arbeitserlösnis am 8. Oktober in Washington wird wahrscheinlich ohne Anwesenheit Wilsons erfolgen.

Die Lage im englischen Eisenbahnerstreik.

Amsterdam, 20. Sept. Eine Nachermeldung aus London zufolge gibt „Dawning Street“ folgende Willkürigkeiten heraus: Die aus dem Lande einströmenden Nachschub bedingen, daß so gut wie der gesamte Eisenbahndienst eingestellt wurde. Anrufen sind nicht gemeldet. Die Regierung richtet in den Straßen Transportdienste ein, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. — Weiter meldet weiter, daß Anordnungen erstellt worden sind, nach Witternacht in Cardiff die gesamte Verladung von Kohlen einzustellen, so daß aber verfügbaren Kohlen den englischen Verbrauchern zugute kommen. Die Angehörigen der Londoner Automobilclubs und der Straßenbahngesellschaft haben beschlossen, am 20. September die Arbeit nicht einzustellen und noch einmal über die Lage zu beraten.

Deutsches Reich.

Die großfürstliche Frage.

Jena, 20. Sept. Eine jugoslawische Zusammenkunft der demokratischen Abgeordneten der thüringischen Landtage in Weimar hat die Frage des Aufnahmestufes Thüringens eingehend erörtert und ist dabei zu der Ueberzeugung gekommen, daß auch ohne den Zutritt preussischer Gebiete ein Gesamtaust Thüringens durchaus lebensfähig wäre, selbst wenn einzelne der jetzigen Staaten vorläufig sich davon ausschließen sollten. Man hielt die Bildung eines thüringischen Staates als Vermittlungsglied zwischen Nord und Süd im deutschen Gesamtinteresse für wünschenswert und berechtigt, und beschloß, den demokratischen Fraktionen der Einzelstaaten das Eintreten für die Annahme des Nachtragsvertrags zum Gemeinschaftsvertrag zu empfehlen.

Eine weitere vöilige Niederlage der Unabhängigen in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Sept. Auch die gestern in der Stadt Braunschweig vollzogenen Stichwahlen für die Neubesetzung des Magistrats führten zu einer vollständigen Niederlage für die Unabhängigen. Gleichen wurden nur die Kandidaten der bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Partei für die Welter der beiderseitigen Stadträte gewählt. Die Wahl ist auf dem demokratischen Schulinspektor Edder und dem mehrheitssozialistischen Gehilfenführer Vogler. Im Vergleich zu dem am vorigen Sonntag vorgenommenen Hauptwahl haben gestern die Unabhängigen einen weiteren Verlust von annähernd 5000 Stimmen allein in der Stadt Braunschweig zu verzeichnen. Die Wahlbeteiligung war noch schwächer als am vorigen Sonntag.

Eine besondere überraschende Niederlage ergab sich bei der gestrigen Bürgermeistereiwahl in der Stadt Göttingen. Der Landtagsabg. und frühere „Ministerpräsident“ Frh. Dertke, das Oberhaupt der Braunschweiger Unabhängigen, brachte es nur auf 1947 Stimmen. Für seine Gegenkandidaten, den mehrheitssozialistischen Landtagsabgeordneten Eddel, wurden dagegen 2200 Stimmen abgegeben. Letzterer ist somit als Bürgermeister der Stadt gewählt.

Reichstagsneuwahlen frühestens im März 1920.

Berlin, 30. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Von gut unterrichteter Seite erfährt ich, daß ein Neuwahl zum Reichstage in diesem Jahre nicht mehr zu denken ist. Der Reichstag kann frühestens im März 1920 gewählt werden. In dem nun die Nationalversammlung ihre Aufgabe fortzuführen.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Berlin, 20. Sept. Der Ausschuss der Nationalversammlung zur Vorbereitung des Gesellschaftsvertrags über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft nahm heute den Bericht eines Regierungsvorgereiters über die verschiedenen Darstellungen und die in Ausführung begriffenen Leistungen entgegen. In erster Linie handelt es sich um die Elektrizität in Berlin, nach dem Bericht des Reichsministers für die Reichsregierung, Abg. Gethmann (Dem.) geht weiter auf das Projekt Leipzig-Bitterfeld ein. Das dazu nötige Material, die eiserne Ständer usw., seien vorhanden und es würde wohl auch reichlich sein, den nötigen Zement zu beschaffen. Die Weiterberatung wurde unterbrochen, um mehreren Sachverständigen Gelegenheit zur Beantwortung von Fragen über die Elektrizitätswirtschaft zu geben.

Ausland.

Jugoslawische Truppen vor Kinn.

Lugano, 30. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Rom wird gemeldet, daß sich die jugoslawischen Truppenkonzentrationen nun doch bestätigen und von den Kriegeren des Unabwiesung einmündig festgestellt wurden. Die Bevölkerung der um Kinn liegenden Ortschaften begrüßt die jugoslawischen Soldaten mit unbeschreiblichem Jubel. In Kinn ist eine größere Abteilung des italienischen Roten Kreuzes eingetroffen.

Große Prägung in der italienischen Kammer.

Rom, 20. Sept. In der italienischen Kammer kam es bei der Abstimmung über die Tagesordnung, die der Regierung Mittel das Vertrauen ausdrückt, zu unerhörten Tumulten. Es entstand eine allgemeine Prägung, an der sich mindestens 50 Abgeordnete beteiligten. Wägen der Beteiligten wurden die Kleider vom Leib gerissen. Schlichtig wurde der Minister ausgesprochen. Mittel verlor die Kammer bis zum nächsten Mittwoch.